

14297/J XXIV. GP

Eingelangt am 21.03.2013

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Ursula Haubner, Dr. Wolfgang Spadiut
Kolleginnen und Kollegen
an den Bundesminister für Gesundheit
betreffend Zusammenlegung der Dienstsprengel für den Ärztebereitschaftsdienst

Die geplante Zusammenlegung von Dienstsprengeln für den Ärztebereitschaftsdienst in Oberösterreich (bspw. im Bezirk Steyr-Land) sorgt für Verunsicherung bei der betroffenen Bevölkerung. Viele Menschen, besonders in den ländlichen Regionen, befürchten eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung in den Nachtstunden und an den Wochenenden.

Auch die Argumentation der Ärztekammer, dass sich die Dienste auf mehr Ärzte aufteilen, kann nicht befriedigen, da ja auch mehr Patienten zu betreuen sind. Im Fall z. B. einer anhaltenden Grippeepidemie wird diese Vergrößerung der Notdienstsprengel sicherlich zu Problemen führen. Ebenso spielt gerade im ländlichen Raum die Ortskenntnis der Notärzte in entlegenen Gegenden eine entscheidende Rolle, diese ist durch große Sprengel ebenfalls nicht gewährleistet. Unter diesen Gesichtspunkten wird die Ausdünnung des ländlichen Raums nicht nur nicht verhindert, sondern geradezu gefördert. Es ist ja aus zahlreichen Studien bekannt, dass insbesondere die Sicherstellung der medizinischen Infrastruktur ein zentraler Faktor bei der Auswahl des Wohnorts ist. Auch unter dem Gesichtspunkt, dass der Anteil der älteren Bevölkerung stetig steigt.

Als Teil der sogenannten Gesundheitsreform lässt diese Maßnahme Schlimmes für die Umsetzung der weiteren geplanten Schritte befürchten. Nicht zu Unrecht kritisiert ja auch der Rechnungshof diese Reform.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Gesundheit die folgende

Anfrage:

1. Ist Ihnen bekannt, ob in Oberösterreich oder in den anderen Bundesländern weitere Zusammenlegungen von Dienstsprengeln für den Ärztebereitschaftsdienst geplant sind?

2. Halten Sie die Zusammenlegung von Dienstsprengeln für den Ärztebereitschaftsdienst tatsächlich für eine geeignete Maßnahme, um die medizinische Versorgungssicherheit zu gewährleisten?
3. Welche Maßnahmen sind Ihrerseits geplant, um den Beruf des Land-/Hausarztes zu stärken?
4. Wäre es zur Attraktivierung des Berufs des Landarztes nicht besser die Zahl der Landärzte durch entsprechende Kassenverträge zu erhöhen als die medizinische Versorgung für die Bevölkerung zu verschlechtern?